

Bezugspreis: Für den Monat März 1923 M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 23. März 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Der völkische Volksverrat.

Aufgedeckte Mord- und Umsturzverschwörung — Verhaftungen in zahlreichen Städten Preußens.

Im Preussischen Landtag wird heute der Minister des Innern, Genosse Severing, in Verantwortung einer sozialdemokratischen Interpellation ...

Indes genügt das, was bisher bekannt wurde und weiter unten veröffentlicht wird, um die Größe der Gefahr erkennen zu lassen, an der Reich und Staat vorübergezogen sind.

Es mag sein, daß ein Teil dieser Leute von verworrenen Ideen geleitet ist, die sie selber noch für „politisch“ halten. Die geistige Verwirrung, die der Krieg mit seinen unfruchtlichen Nachspielen in unzureichend ausgerüsteten Gehirnen anrichtete, ist ja grenzenlos.

So wird der „Deutschen Zeitung“ von der Deutschvölkischen Freiheitspartei geschrieben:

Seit Wochen sind wir unterrichtet, daß die preussischen Regierungen einen Schlag gegen die völkische Bewegung, insbesondere gegen die Deutschvölkische Freiheitspartei planen.

Der Stein ist ins Rollen gekommen durch die Entlassung eines Polizeispießes namens Richter, der sich in die Turnerschaften der Freiheitspartei eingeschlichen hatte.

Der Augen der Reichs- und Landesregierungen vollzieht sich der Aufmarsch der Roten Armee. Wir haben die Reichsregierung über den Stand der Dinge dauernd auf dem laufenden gehalten.

Das ist von der ersten bis zur letzten Zeile Unsinn. Unwahr ist die Geschichte von dem Polizeispieß Richter, und lächerlich erlogen ist die Geschichte von dem „Aufmarsch der Roten Armee“.

so wissen diese aus schmerzlichen Erfahrungen, daß alle gewalttätigen Aktionen durch den entschlossenen Widerstand der großen Sozialdemokratischen Partei zum Scheitern verurteilt sind.

Wo Bestrebungen der Arbeiterklasse im Gange sind, den halb militärisch ausgezogenen faschistischen Verschwörern etwas physisch Gleichwertiges — moralisch freilich weit Ueberlegen — entgegenzustellen, da sind sie nicht von aggressiven Absichten bestimmt, sondern vielmehr aus dem Wunsch hervorgewachsen, die Republik und die Rechte der arbeitenden Bevölkerung nicht unverteidigt zu lassen.

Es ist gewiß ein überaus gefährlicher Zustand, wenn sich verschiedene Teile der Bevölkerung kampfbereit gegenüberstehen, doppelt gefährlich in einer Zeit, in der, auch von außen die schwersten Gefahren drohen und fremde Agenten an der Zerstückelung des Reiches arbeiten.

Die bayerische Nationalsozialistische Partei, die mit der Deutschvölkischen in enger Verbindung steht, gibt täglich ungeschweht in ihren Blättern und ihren Versammlungen die Parole aus: „Verräter müssen vernichtet werden!“

Das Volk hat ein Recht, Schutz zu verlangen vor denjenigen, die selber Dolche schleifen, indes sie Dolchstoßlegenden erfinden. Es empfindet in seiner ungeheuren Mehrheit Ekel vor dem stumpfsinnigen, blutrünstigen Verschwörertum des Rechtskonservatismus und es will, daß damit endlich Schluss gemacht wird.

Das bekannte Abkommen zwischen dem Reichswehrministerium und dem preussischen Ministerium des Innern hat für die Geheimorganisationen den 31. März zu einem kritischen Tag gemacht. Die Führer dieser Organisationen übten sich in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht und richteten ihren ganzen Grimm gegen den preussischen Minister des Innern Genossen Severing, in dem sie sehr richtig einen der gefährlichsten Gegner ihrer Pläne erkannten.

aufzudecken. Die Ziele der festgenommenen Rechtsputschisten waren zum Teil ziemlich verworren, zum Teil aber auch, von ihrem Standpunkt aus, sehr folgerichtig.

um damit vor allem auch Severing aus dem Amt zu entfernen und das bewährte Abkommen damit zum Scheitern zu bringen. Gelang dies nicht, so war eine besonders zielbewusste Gruppe entschlossen,

zu unternehmen und ihn dahin zu senden, wohin Rathenau, Erzberger, Gareis und viele andere vorausgegangen sind.

Zunächst wurde eine planmäßige Hehe gegen Severing ins Werk gesetzt. Wie dabei vorgegangen werden sollte, zeigt folgendes Dokument:

Deutschvölkische Freiheitspartei, Presseabteilung. An die Landesverbände und Ortsgruppen, die keinem Landesverband angeschlossen sind:

Sämtliche Ortsgruppen der Partei haben im Verlaufe der nächsten Tage eine Depesche an den Reichsminister zu richten, die, ohne den Wortlaut von hier festzusetzen, folgendes enthalten soll:

Bewahrung gegen die Verhaftung der völkischen Führer in Berlin, Schlesien und anderen Orten des Reichs. Mahnung an den Reichsminister, nicht nachzugeben und im bisherigen Widerstand gegen die Ruhrbesetzung zu verharren.

Daß der Major a. D. Weberstedt mit den Vorbereitern des Nordkomplots in Verbindung stand, soll damit keineswegs behauptet werden. Tatsache aber ist, daß alles vorhanden war, von der Inszenierung einer planmäßigen Hehe bis zur Vorbereitung des Attentats.

Gedeckt wurde das Verschwörertreiben durch die Deutschvölkische Partei und die Nationalsozialistische Partei, die bekanntlich in enger Verbindung miteinander stehen. Wie weit die Führer dieser Parteien mit den Plänen, die unter ihrem Schutz gesponnen wurden, im einzelnen bekannt und einverstanden waren, muß die Untersuchung ergeben.

u. Graefe, Wulle und Henning

ihre schärfste Aufmerksamkeit zuwandten. Diese völkischen Heiden gerieten infolgedessen in einen Zustand äußerster Bestürzung, in dem sie den Reichstagspräsidenten Löbe ersuchten, sie gegen die ihnen angeblich drohende Gefahr der Verhaftung bei Verlassen des Reichstagsgebäudes zu schützen.

Sonst sind gestern in verschiedenen Städten des Reiches zahlreiche Verhaftungen erfolgt. Von den in Berlin vorgenommenen wurden 12 aufrechterhalten, die Verhafteten sind zum großen Teil Offiziere der alten Armee.

Die meisten von den Gesuchten hatten allerdings gleich bei den ersten Anzeichen einer beginnenden polizeilichen Kampagne ihre Wohnungen verlassen, was auf kein besonders gutes Gewissen schließen läßt.

Eine Verhaftung in Breslau.

Im übrigen läßt sich nicht sagen, daß alle Verschwörer über das Maß von Schamhaftigkeit verfügten, das nun einmal zu ihrem gefährlichen Handwerk notwendig ist. Bezeichnend für diese allgemeine Beobachtung ist u. a. folgender Vorfall. Vor einigen Tagen fand in Breslau eine Geheim Sitzung statt, von der die Polizei Wind bekam und die auszuhören ihr gelang.

Der Wortlaut der Anfrage.

Die Große Anfrage über die rechtskonservativen „Selbstschutz“-Organisationen, die von der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtags eingebracht ist und heute zur Verhandlung kommen soll, hat folgenden Wortlaut:

„In den letzten Wochen haben in der Öffentlichkeit lebhafteste Erörterungen über die Tätigkeit von Selbstschutzzorganisationen verschiedener Art stattgefunden.“

„Ist die Staatsregierung bereit, Mitteilungen über die von ihr getroffenen Abwehrmaßnahmen zum Schutze der öffentlichen Ordnung zu machen?“

## Erdrückendes Material.

Berlin, 22. März. (WZB.) Die polizeiliche Durchsuchung, die am Donnerstag vormittag von Beamten der polizeilichen Polizei in den Geschäftsräumen der Deutschvölkischen Freiheitspartei und bei verschiedenen Führern dieser Partei in Berlin sowie zugleich auch in anderen preussischen Städten (so u. a. in Kassel, Erfurt, Halberstadt, Hannover, Köln, Magdeburg, Merseburg, Minden, Raumburg und Stolp in Pommern) vorgenommen wurden, erfolgten wegen des dringenden Verdachts hochverräterischer Umtriebe

und des Verstoßes gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. Mai 1921 betr. des Verbotes militärischer Verbände. Die Durchsuchung hat erdrückendes Material gegen die Deutschvölkische Freiheitspartei zur Verfügung gestellt. Die im Anschluß an die Durchsuchung polizeilich vorläufig festgenommenen Personen sind nach ihrem Verhör zum Teil wieder entlassen worden. Der andere Teil wird dem zuständigen Richter vorgeführt.

Die in einem Teil der Presse verbreitete Nachricht über einen gegen die Reichstagsabgg. Wulle, Henning und v. Graefe erlassenen Schutzhafbefehl ist unrichtig.

## Neue Attentate auf die „Münchener Post“?

München, 22. März. (Eigener Drahtbericht.) Die „Münchener Post“ meldet, daß am Dienstag am Münchener Hauptbahnhof vier Mann anlangen, die sich als Ruhrflüchtlinge bezeichnen und von den Nationalsozialisten mit Vereinsabzeichen und Armbinden versehen wurden. Die Leute haben später öffentlich erklärt, daß sie ihre Kameraden befreien und die „Münchener Post“ zerstören wollten. Später kam ein neuer Trupp mit der Bahn an. Unser Particorgan bemerkt dazu: „Es scheint, daß man neuerdings aus allen Ecken des Reichs Leute zusammengeht, um gegen die verhaßte „Münchener Post“ mit Gewalttätigkeiten vorzugehen. Der Polizeidirektor ist dieser Vorgang wohl nicht vorbeugen geblieben und sie wird nicht unklar können, sich diese von den Hakenkreuzlern „eingekleideten“ neuen Ruhrflüchtlinge genauer anzusehen, ebenso die Banden, die sich in der Umgebung Münchens zusammenziehen.“

U. meldet aus München: Auf Antrag des Staatsanwalts wurde in Augsburg wegen Hochverrats und Verbrechens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik im Verlagsgebäude der „Roten Fahne“ der seit kurzer Zeit dort tätige kommunistische Redakteur Karl Müller-Stuttgart und der verantwortliche Redakteur der „Roten Fahne“ Hager verhaftet. Müller hat in der letzten Nummer gegen die Mitglieder der Reichsregierung die größten Beschuldigungen vorgebracht. — Man wird abwarten müssen, worin die Beschuldigungen der „Roten Fahne“ bestehen. Vorläufig erweckt die Verhaftung den Eindruck einer Force, da die bayerische Regierung gestern noch erklärt hat, gegen Hitler und Genossen, die sich täglich an Verhöhnung und Bekämpfung der Republik und der Regierung das Tollste leisten, gefehlich nicht vorgehen zu können.

## Die Kanzlerrede in München.

Beim Empfang im alten Rathaus in München hielt Reichskanzler Dr. Cuno eine Rede, in der er nach einigen einleitenden persönlichen Dankesworten an die Stadt München auf die schwere Not der Zeit hinwies, aus der es herauszukommen gelte. „Klarer und heller als je“, sagte er, „leben wir heute am fernen Himmel dieses Ziel der Freiheit, klarer und heller empfinden wir es alle, daß unser Volk, unseren Kindern, unserer Zukunft Gott und den Menschen gegenüber es keine höhere Pflicht für uns geben kann, als diese Freiheit wieder zu erringen.“ Seit dreieinhalb Jahren ständen weite deutsche Landesteile unter dem harten Druck fremder Besetzung und unter dem härtesten Druck einer schmachvollen Behandlung. Mit dem 11. Januar habe infolge der Befehle des Ruhrgebots ein neuer Abschnitt begonnen. Der Vertrag von Versailles sei ein Unrecht gewesen. Nun aber sei zu dem Unrecht im Vertrag auch noch das Unrecht gegen den Ver-

trag gekommen. Frankreich habe einen Gewaltstreit zur endgültigen Erringung der wirtschaftlichen und militärischen Hegemonie in Europa unternommen. Es wolle Deutschland vollends zerschlagen. Dem liegt ein lang vorbereiteter Plan zugrunde. Er erinnere an die Dokumente des Versailler Vertrags aus dem Jahre 1914. Der Erfolg des Gewaltakts sei der, daß Frankreich und Belgien vom 11. Januar bis jetzt zirka 80 000 Tonnen Kohle und 13 000 Tonnen Rost, also soviel erhalten habe, als man ohne den gewaltigen Schritt in drei Tagen erhalten hätte. So werde es auch im wesentlichen bleiben. Deutschland habe im Vertrag von Versailles die Befehle des Rheinlandes freiwillig auf sich genommen, eine Last, deren sinnlose, wirtschaftsvernichtende Erpressungen zum Himmel schreien und um ein Mehrfaches über das hinausgingen, was je der deutsche Militarismus am Rheinland für notwendig hielt.

„Nun aber“, so führte der Kanzler weiter wörtlich aus, „wird auch an der staatlichen Zugehörigkeit des Rheinlandes wieder gerüttelt. Wieder greift man zurück auf das Abkommen, das während des Krieges zwischen Sowjet und Deutscher geschlossen wurde, ein Abkommen, welches das ganze linke Rheinufer Frankreich preisgeben wollte. Und wenn man heute noch davon spricht, daß das Rheinland im politischen Verband des Reichs bleiben könne, so ist wohl auch das nur ein Zwischenschritt zu jenem alten Ziel französischer Politik unter dem Gewande eines autonomen und neutralen Staates, das linksrheinische Gebiet Frankreich zu unterwerfen. Wer das anstrebt, begeht die ungeheuerliche Vergewaltigung eines gleichberechtigten Volkes, das ungeheuerlichste Unrecht an einem Volk, das vor der Stunde des letzten schweren Kampfes im Vertrauen auf bindendes Wort des Gegners sich diesem überließ. Will Frankreich das?“

Was wir wollen, ist einfach und klar: Wir wollen unseren Staat erhalten. Wir wollen uns die Freiheit erkämpfen in schwerer Arbeit unter Anspannung aller Kräfte. Wir wissen, daß wir schwere Kosten zu tragen haben und sind dazu bereit. Rame es nur darauf an, so wäre unser ehrlich Wollenden eine Verständigung möglich, denn in der Wirtschaft ist immer, wenn nicht ein objektiver Maßstab, so doch ein objektives Urteil starrer Sachverständiger möglich. Bis zu solcher Grenze zu leisten, hat Deutschland sich immer bereit erklärt. Was wir ablehnen und ablehnen müssen, das sind nicht schwere Lasten an sich, wohl aber Forderungen, die über unsere Kraft gehen, denn damit würde uns sicher ein Strich um den Hals gemorren, an dem der Gegner ziehen und zerran kann, wenn es ihm beliebt, nicht bloß um wirtschaftliche Leistungen über die Kraft unseres Volkes aus uns zu holen bis zur Freigabe des eigenen Lebens, sondern auch um uns politisch zu vernichten unter dem Titel der Sicherung Frankreichs gegen das entwaffnete Deutschland. Das ist eine Fälschung des Namens der Sicherung. Daß im Rahmen der Staatshoheit das waffenlose Deutschland zu Abkommen bereit war, bezeugen das Angebot des Rheinlandpatts und unsere Bereitwilligkeit, dem Gedanken andere Formen zu geben. Einbrüche in die Staatshoheit sind aber unerträglich. Und dann hat die Welt Verständnis dafür, daß auch das entwaffnete Deutschland einer Sicherheit bedarf, mehr als Frankreich, das Reich der größten Landarmee und der größten Luftflotte. Nichts vermag die Tatsache aus der Welt zu schaffen oder auch nur zu beschönigen, daß der französische Einbruch völlig rechtswidrig erfolgt ist. Jede Diskussion über die Vermeidung des gegenwärtigen Konfliktes muß daher von der vorbehaltslosen Rüdnung des Einbruchgebietes ausgehen. Solange das Regime der Gewalt und der Rechtslosigkeit nicht endgültig aufgegeben ist, ist ein Regime der vertragsmäßigen Erfüllung undenkbar. Darum kann ich auch in dem Brüsseler Kommuniqué nicht irgendwie einen Fortschritt erblicken, und ich verheie insbesondere nicht, wie diese Verhandlung ein Zeugnis dafür sein könnte, daß Frankreich sich von dem Gedanken der Annexionen, unter welchem Wort er sich auch immer verbergen mag, abgewandt hätte. Wir haben vielmehr gerade in den letzten Tagen Auslegungen der uns nicht näher bekannten Brüsseler Beschlüsse gehört, die einen völligen Umsturz des Versailler Vertrages bedeuten würden.

Loucheur hat in Grenoble Ansichten angekündigt, die auf nichts anderes hinauslaufen, als auf die Loslösung der Rheinlande von der deutschen Souveränität. Solchen Plänen gegenüber gibt

es nur ein unbeugbares Nein. Daran vermag auch die Tatsache, daß von den angeblichen deutschen Vermittlungsparasiten und Fühlern die Welt von Paris aus erfüllt wird, nichts zu ändern. Kein Wort ist wahr daran. Die Reichsregierung hat niemals um Vermittlung gebeten. Dagegen hat sie manchen Fächer erhalten, nicht, wie Herr Herbet vom Quai d'Orsay behaupten wollte, drei, wohl aber jede Woche einen.

Der Kanzler schloß mit einem Appell an die Disziplin des deutschen Volkes. „Wir sind allen Vorschlägen nachgegangen, aber einmal waren die Vermittler schlecht legitimiert oder die Vorschläge waren Attentate auf Ehre und Vernunft. Bei aller Bereitwilligkeit für eine vernünftige und ehrenhafte Verständigung konnten und können wir uns auf derartige Fächer nicht einstellen.“

## Widerstand und Gegendruck.

Die Bergarbeiterverbände weisen in einem Aufruf an der Unterdrückung des Saarbergarbeiterstreiks nach, was von den frankobelgischen Versprechungen zu halten ist; der imperialistischen Gewaltpolitik werde auch weiterhin gewaltlos, ruhig und besonnen erfolgreicher Widerstand geleistet werden.

In Duisburg wurde der Kesselheizer Hermann Droste, Vater von 5 Kindern im Alter von 1 1/2 bis 14 Jahren, von einem französischen Posten erschossen. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Der belgische General Borremans in Sterkrade hat dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf auf dessen Protestschreiben in der Angelegenheit der Erschießung des Schuhmachermeisters Stockhorst und der Verletzung eines Straßenbahnwagens in Essen-Wintrop durch den belgischen Korporal Brandt und den belgischen Soldaten Fischer mitgeteilt, daß die Belgier sich in Notwehr befunden hätten, das Verfahren gegen sie sei deshalb eingestellt worden.

Das Unglück auf dem Bahnhof Friemersheim, herbeigeführt durch den französischen Betrieb, hat 26 Soldaten und 18 Pferde das Leben gekostet.

Der furchtige Smeets-Attentäter ist ein zucht arbeitsloser Mechaniker aus der Kasseler Gegend.

## Die beiden Buerer Polizeibeamten leben!

Zu den Auseinandersetzungen zwischen uns und dem WZB über die Berichterstattung aus Buer teilt WZB nun folgendes mit:

Auf unsere Anfrage erhalten wir aus Buer folgende Mitteilungen in Sachen der Schutzpolizeibeamten Rahr und Krause: Die von uns am 14. März gebrochene Meldung über die Erschießung zweier weiterer Schutzpolizeibeamten beruht auf der dienstlichen Feststellung eines Polizeirats, der aber kurz darauf ausgewiesen worden war. Die amtliche Feststellung wurde uns übermittelt und von der Stadterwaltung am selben Tage bestätigt. Trotzdem sollten sofort weitere Ermittlungen angestellt werden, die aber durch die Entfernung der Schupo seit dem 9. März sehr erschwert waren. Auch der Tätigkeit der deutschen Kriminalpolizei wurden seitens der Franzosen große Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Die von den Franzosen im Nachrichtenendienst (soll heißen: in ihrem Nachrichtendienst, Red.) gemeldete Richtigkeitstellung konnte also von den deutschen Behörden nicht sofort nachgeprüft werden. Erst am 20. März wurde amtlich festgestellt, daß einer der beiden Schutzpolizeibeamten nicht mehr im besetzten Gebiet sei und der andere noch in der Haft in Reddinghausen sich befinde.

Danach steht also fest, daß die beiden Polizeibeamten leben. Dies hatte der Berichtsteller der „Post. Ztg.“ am Spätabend des letzten Sonnabends gemeldet — eine diesem Bericht sehr ähnliche, also wohl aus der gleichen Quelle stammende WZB-Meldung enthielt diese Richtigkeitstellung einer so aufsehenerregenden, vorher verbreiteten Meldung nicht. Wir können nicht wissen, ob diese Unterlassung dem WZB-Korrespondenten oder irgendeiner Stelle, die mit der Veröffentlichung der WZB-Depesche zu tun hat, zur Last fällt. Wir glauben aber sagen zu können, daß schon das Erscheinen einer Richtigkeitstellung in der „Post. Ztg.“ vom Sonntag das WZB zur Erkundigung und Ergänzung hätte veranlassen müssen. Und die „Post. Ztg.“ hatte die Richtigkeitstellung nicht aus dem französischen Nachrichtendienst, sondern offenbar aus der gleichen Quelle im neu-besetzten Gebiet, aus der auch WZB schöpfte.

## Drohbriefe an Freiligrath.

Eine Erinnerung aus dem Revolutionsjahre 1848.

Von Heinz H. Bohmeyer-Münster.

Drohbriefe haben die fluchwürdigen Verbrechen angekündigt, die am Erzberger und Rathenau begangen worden sind. Mit Drohbriefen sind seit 1918 fast alle führenden Republikaner in Deutschland bedacht worden. Der ehemalige Reichskanzler Dr. Bismarck soll ihrer einen ganzen Wagen voll bekommen haben. Scheidemann dürfte nicht hinter ihm zurückbleiben, und der preussische Innenminister Severing teilte noch kürzlich in einem Kreise von Freunden mit, daß man ihm jeden Tag ein Dutzend dieser Erzeugnisse nationalsozialistischer Freigebit und moralischer Minderwertigkeit ins Haus sende.

Es gibt nichts auf dieser schönen Welt, was nicht schon einmal da war. Die bedrohten Häupter der Republik haben im Sturmjahre 1848 einen großen Vorgänger gehabt auf diesem Gebiete. Es war niemand anders als Ferdinand Freiligrath. In der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vom 1848, Nr. 60 vom 31. August 1848, veröffentlicht Karl Marx, der damals mit Friedrich Engels zusammen die „Neue Rheinische Zeitung“ redigierte, einen Brief Freiligraths, in dem dieser sich über das reaktionäre Schwarzweitzum in Westfalen beklagt und darüber, daß er fortlaufend den Bedrohungen der Feinde der Republik ausgesetzt sei. Freiligrath nennt dieses Vorgehen „das rüde Loben der Venden“ und meint, die Freiheitsmänner des neunzehnten Jahrhunderts hätten es leichter als die des sechzehnten. Er fährt fort:

„Diese, um die Jämmerlichkeit ihrer Gegner zu brandmarken, hatten im Namen und Geiste derselben lächerliche Briefe zu fungieren; uns hingegen kommen die Briefe der Dunkelmänner, von den Dunkelmännern eigenhändig geschrieben, posttäglich ins Haus geflogen.“ Freiligrath kündigt dann an, diese Briefe zur Zerstörung der Ignoranz, wie der unsäglichen Gemeinheit und Brutalität der Widerlächer“ sammeln und drucken zu lassen. Gegen einen Briefschreiber Dunder in Jersloh habe er Klage angehängt. Die Zuschrift Freiligraths ist datiert vom 26. August 1848 und kommt aus Düsseldorf, wo er sich damals bekanntlich aufhielt. — Zwei der Drohbriefe gibt die „Neue Rheinische Zeitung“ wieder, darunter auch den des bereits erwähnten Dunder in Jersloh, der Freiligrath „einen Lappes von Grünspanbel“, einen „neufundigten Banditen und Räuberhauptmann“ sowie einen „Esel“ nennt. Er droht ihm ferner, ihn „derbe durchzubläuen“, ihm seine „Hütte in Brand zu stecken, ihm am Spieß zu broten, damit er nach und nach verbrenne“. Außerdem enthält der Brief ein so rohes Schimpfwort, daß Freiligrath selbst schreibt, er „habe einen Ausdruck der pöbelhaftesten Sotie“ unterdrückt.

Ein anderer Brief lautet:

„Werden a. d. R., den 25. Juni 1848.

Wie man's macht!

Den Schurken und Arbeiterbetrüger Freiligrath et Consorten am ersten besten Galgen aufzuhängen, und seinen armen Betrogenen wird man mit Schrapnell's usw. zu begegnen wissen! So — macht man's.

Im Namen vieler Arbeiter.“

In der gleichen Nummer des Blattes wird übrigens eine Zuschrift Ferdinand Lassalles, der damals in der holländischen Koffertendiebstahlsangelegenheit vor den Assisen stand, veröffentlicht. Lassalle wehrt sich darin gleichfalls gegen die Verdächtigungen.

Die englische Krankheit im Ruhrgebiet. Die Rachitis oder englische Krankheit hat vor dem Kriege bei uns keine erhebliche Rolle gespielt. Nun aber ist es leider so weit gekommen, daß die englische Krankheit zu einer deutschen geworden ist. Ueber die Bedeutung der Rachitis für die Volksgesundheit spricht Prof. Engel in der „Rheinischen Wochenzeitung“, und zwar behandelt er hauptsächlich die Verhältnisse im Ruhrgebiet und besonders in Dortmund, wo man mit einer erfolgreichen Bekämpfung dieser Volkskrankheit begonnen hat. Nach seinen zahlenmäßigen Erhebungen ist die Menge der rachitischen Kinder in Dortmund erschreckend groß. 10 Proz. der von ihm untersuchten Kinder litten an schwerer und schwerster Rachitis und waren im höchsten Grade fürsorgebedürftig. Während leichte Fälle ohne Folgen ausheilen, haben schwere Fälle die allertraurigsten Konsequenzen, und eine nicht zu kleine Zahl von Kindern geht durch den fortschreitenden Rachitismus zugrunde. Abgesehen von den hervorgerufenen Krankheiten beeinträchtigt aber auch die Rachitis das Wachstum außerordentlich und führt zu Verkümmungen und Verunstaltungen der Knochen. In schweren Fällen kommt es selten zu einer vollständigen Ueberwindung dieser Folgen, die Körpergröße bleibt zurück und ebenso die Verkümmung der Gliedmaßen.

Durch das traurige Experiment des Krieges sind uns erst die Ursachen deutlich geworden, die zur Rachitis führen. Alle Umstände herabgeminderter Lebensführung zusammen, namentlich das Leben in den düsteren Mietskasernen der Großstädte, führen die Rachitis herbei. Nach den Dortmund Erhebungen läßt sich der engste Zusammenhang zwischen Wohnverhältnissen und Rachitis feststellen. Je weniger Raum auf einen Menschen kommt, um so zahlreicher sind die Rachitisfälle. Um durchgreifend zu helfen, müßte also die allgemeine Lage gebessert werden.

Auch ohne große Summen läßt sich Wichtiges erreichen. In Dortmund ist durch den Kauf einer großen Villa mit schönem Park eine Zentralfreizeitanstalt geschaffen worden, in der täglich 150 Kleinkinder versorgt werden. Die Kinder kommen bei gutem Wetter nachts in den Park zu Freiluftspielen und spielen bei schlechtem Wetter nachts in den Sälen; sie erhalten Soolbäder, Bäder, Massage, möglichst pflanzliche Nahrung, und bei der Pflege beteiligen sich auch Helferrinnen aus Arbeiterkreisen, die dann auf die Bevölkerung erzieherisch einwirken. Räterabende, Vorträge, ein Kochbuch für die Ernährung der Kleinkinder usw. helfen weiter. 1922 sind etwa 1000 Kinder auf diese Weise sehr günstig beeinflusst worden, und weite Kreise haben die Segnungen einer sinnreichen Lebensweise kennengelernt.

Gehen wir gerade? Geht der gesunde Mensch auf seinen täglichen Wegen ganz geradeaus? Doch wir, wenn wir etwas Alkohol im Kopfe haben, allerlei Illusionen beschreiben, ist ja eine allbekannte Tatsache. Aber auch der ganz Richtige hat keine gerade Linie inne, sondern neigt noch einer Seite zu. Betrachtet man eine Anzahl von Fußgängern, so wird man finden, daß neun von zehn

bei ihrem Gang nach rechts hinüberneigen, dann wieder nach der geraden Linie zurückkehren und dann wieder nach rechts ausbiegen. Der Grund dafür ist die Tatsache, daß unter rechtes Bein fröhlicher entwickelt und stärker ist als unser linkes. Linkshänder, deren linkes Bein auch stärker ist, wenden sich beim Gehen nach links. Wenn jemand auf dem linken Ohr etwas hat, so wird er ebenfalls beim Gehen ein wenig nach links ausbiegen. Ist er auf dem anderen Ohr schwerhörig, so neigt er nach der entgegengelegten Richtung. Das kommt daher, daß Schwerhörige eine leichte Neigung nach der Seite zeigen, auf der sie weniger hören können. Nicht anders ist es mit kurzfristigen Leuten. Ihr Gang wendet sich unwillkürlich nach der Seite, auf der das schwächere Auge liegt. Aber ganz gerade geht überhaupt kein Mensch, selbst wenn der Körper vollkommen gleich entwickelt wäre. Denn die Gedanken der Fußgänger spazieren überall herum, und so entbehren die Beine der sicheren Führer, die sie ganz geradeaus gehen lassen würden.

Das Spica-Phänomen. Seitdem man die Konjunktion des Mars mit Spica, dem hellsten Stern in der Jungfrau, beobachtet hat, wird in der Astronomie „Spica-Phänomen“ die Erscheinung genannt, daß helle Sterne von weißer oder gelblicher Farbe bei Annäherung des feuerroten Planeten Mars plötzlich ganz blau oder blaugrün werden. Man glaubte zunächst, daß es sich hier um eine rein physiologische Kontrastwirkung handelte. Die Völker in der Leipziger „Multiplizierten Zeitung“ ausführlich, ist aber jetzt beobachtet worden, daß selbst dann, wenn die harte Vergrößerung im Fernrohr der Fixstern allein im Gesichtsfelde erschien, dieser genau die gleiche blaue Farbe zeigte, als wenn der Mars mit ihm zugleich auf die Netzhaut des Auges wirkte. In den beiden letzten Jahren hat man mehrere Wiederholungen dieser Erscheinung beobachtet und immer wieder bestätigt gefunden, daß der normalerweise weißstammende Fixstern grünblau neben dem gelbroten Mars erscheint. Die Feststellung des Spica-Phänomens zeigt, was für neue überraschende Entdeckungen sich noch am Firmament machen lassen und wie weit wir von der Kenntnis aller Faktoren entfernt sind, die das Bild des Nachthimmels beeinflussen.

Die Staatsoper veranstaltet in diesem Jahre neun „Carrivals“-Musikabende, die am 25. September und am 2. April eintreten. Die für die launliche Spielzeit vorselektierten Neuheiten „Die tote Stadt“ von Korngold und „Kamille“ von Janacek werden in die nächste Spielzeit verlegt. Es kommen dafür die „Gianni Schicchi“ von Puccini in der zweiten Hälfte April und „Der goldene Schahn“ von Rimsky-Korsakow Mitte Mai zur Aufführung.

Das einmalige russische Ballet „Die Karte der Frau Zaulou“, aufgeführt in drei Akten von Gabrielle Sapolska, findet am 24. abends 8 Uhr im Schillertheater, Anfangs 11-12, statt. Mitwirkende: Die Schauspieler der Berliner Oper und Berliner Staatsoper, E. Riban, G. Kofner, W. Kwanan und A. Jurandis.

Inbälde der geologischen Landesanstalt. Am Mittwoch fand anläßlich des 50-jährigen Bestehens der geologischen Landesanstalt in deren Kula eine festliche Gedenkfeier statt, die zugleich eine Jubiläumsschau für den 1. April in den Ruhestand tretenden Präsidenten der Anstalt, Prof. Senf, bildete.

Ein neuer Offenbach. Es sind Wien gemeldet, daß der Theaterdirektor Steiner eine österreichische komische Oper von Offenbach ausgraben, die in einer vollständigen Umanstellung in Wien und Berlin aufgeführt werden soll.

# Staat / Kirche / Schule.

## Eine Kulturdebatte im Reichstag.

Nach debattierender Erledigung verschiedener Materien folgte in der gestrigen Sitzung des Reichstages die Interpellation Marx (3.) und Genossen betr. die Teilnahme von Lehrern und Schülern an religiösen Feiertagsfeierlichkeiten. Die Interpellation nimmt Bezug auf die sächsische Kultusministerialverordnung vom 12. August v. J. bestimmt hat, daß an staatlich nicht anerkannten Feiertagen Lehrern und Schülern künftig in keinem Fall mehr Unterrichtsbesetzung zum Zweck der Teilnahme an religiösen Feiertagsfeierlichkeiten gestattet werden dürfe. Eine weitere Verordnung vom 24. August v. J. verbietet jede Art religiöser Beeinflussung außerhalb des Religionsunterrichts und beschränkt die Zulässigkeit von Andachten, Gebeten und Kirchenliedern auf die Religionsstunden. Diese Maßnahmen widersprechen den Art. 135, 149 und 174 der Reichsverfassung.

In Verbindung damit wird die Interpellation hergt (Dnat. Sp.) und Gen. betr. Schutz der Religionsfreiheit in den Ländern Sachsen, Thüringen und Braunschweig beraten. In der Interpellation wird darauf hingewiesen, daß in Sachsen, Thüringen und Braunschweig der Schutz der kirchlichen Feiertage immer weiter abgebaut, Morgenandachten in den Schulen verboten und Schülern und Lehrern die Feier des Festes unzulässig gemacht werde. Die zur Befolgung der Geistlichen nötigen Mittel würden nicht der Selbstverwaltung entsprechend ausgegahlt. Der konfessionelle Charakter der Schulen werde ständig mehr verdunkelt.

Zur Begründung der ersten Interpellation nimmt das Wort Abg. Marx (3.): Die Erlasse über die Teilnahme von Lehrern und Schülern an religiösen Feiertagsfeierlichkeiten werden in der christlichen Bevölkerung als rechtswidrig angesehen. Die katholische Kirche hat Feiertage, an denen jede Arbeit unzulässig ist; es ist Sache der katholischen Kirche, diese Feiertage festzusetzen und wir müssen daher verlangen, daß an den katholischen Feiertagen Lehrer und Schüler vom Schulunterricht befreit werden. Daß ein besonderer Antrag dazu gestellt werden muß, ist eine unnötige barocke Fiktion. Wir erwarten, daß die Androhung der Verweisung der Schüler von der Schule wegen Verstoßes gegen diese Erlasse zurückgenommen wird. Wir wollen

### volle Gewissensfreiheit

haben. Die Reichsverfassung gewährt volle Gewissensfreiheit und Religionsfreiheit. Der Satz in der Verfassung, daß davon die allgemeinen Staatsgesetze unberührt bleiben, kann nur dahin ausgelegt werden, daß die allgemeine Ordnung, die öffentliche Ordnung und Sittlichkeit nicht durch die Anrufung der Gewissensfreiheit. Nach der Verfassung sind die Religionsgesellschaften in ihren inneren Angelegenheiten durchaus frei. Konfessionelle Schulen bezwecken nicht bloß, den Religionsunterricht konfessionell zu gestalten, sie sollen ganz und gar von konfessionellem Geist durchdrungen sein. Die Verordnungen der sächsischen Regierung sind durchaus verfassungswidrig. (Beifall im 3.)

Abg. Dr. Barth-Chemnitz (Dnat. Sp.) begründet die Interpellation hergt. Die Anordnungen der sächsischen Regierung sind gegenüber Katholiken und Israeliten zurückgezogen worden, aber den Evangelischen gegenüber werden sie aufrecht erhalten! (Hört, hört! rechts.) Das hat man schon häufiger bei den Sozialdemokraten erlebt. Man stellt Katholiken und Israeliten zufrieden, um desto ungestörter die Evangelischen verprügeln zu können. (Unruhe links.) Es handelt sich nicht bloß um die Laune eines Ministers, sondern um einen Vernichtungskampf gegen die christliche Religion. Wenn ein Seminarist Unterrichtsbesetzung verlangt, weil er an einem kommunistischen Umzug teilnehmen will, so erhält er sein Gehalt bewilligt, aber wehe ihm, wenn er um Unterrichtsbesetzung bittet zur Teilnahme an einer Religionsfeier! (Wärm links.) Als das bischöfliche Ordinariat in Bautzen Einspruch gegen den sächsischen Ministerialerlass erhob, erschien im „Sächsischen Staatsanzeiger“ ein Artikel „Gegen die christliche Namahung“, und es wurde Strafantrag gegen das Ordinariat gestellt. Der sächsische Kultusminister hat erklärt, er würde kurzen Prozeß machen und das kirchliche Eigentum an den Kirchenhöfen einfach enteignen. Zu dem gesamten Etat der sächsischen evangelischen Landeskirche von 7 Milliarden Mark zählt der Staat ganze 4 Millionen Mark. Ganz kirchliche Gemeinden sind bereits durch Wangen an Geistlichen verwaist. Die Schullehrer werden von christlichen Büchern gereinigt, ja die Kinder müssen sogar solche Bücher in der Klasse unter der Leitung des Lehrers zerreißen. (Hört, hört! rechts.) Das Schulgebet soll schon dann unterbleiben, wenn nur ein einziger Schüler weltlicher Anschauung in der Klasse ist. Der Staat darf nicht über die christliche Religion herfallen wie ein Räuber über seine Beute. (Beifall rechts, links b. d. Komm.)

### Reichsminister des Innern Dejer:

Am 8. Dezember 1922 hat eine Besprechung zwischen mir und den Unterrichtsministern von Sachsen, Thüringen und Braunschweig stattgefunden. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß die Landesgesetzgebung berechtigt ist, Feiertage einzuführen und zu ändern, solange reichsrechtlich nichts anderes bestimmt ist. Diese Tatsache hat der Reichsregierung gerade Anlaß gegeben, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der die wichtigsten Feiertage reichsrechtlich festlegt. Der Entwurf liegt zurzeit dem Reichsrat vor; er wird dem Hause in nächster Zeit zugehen und eine geeignete Grundlage zur Ausdrache über diesen Teil des Problems bieten. Was die Religionsausübung an einem staatlich nicht anerkannten kirchlichen Feiertage betrifft, so hat die Verhandlung mit den genannten Ländern folgendes Ergebnis gehabt. 1. Die Rechtsfrage ist aus der Verfassung nicht klar und zweifelhaft zu beantworten. Die Regierungen der genannten Länder legen entscheidendes Gewicht darauf, daß jedenfalls dem einzelnen Schüler oder Lehrer aus der Verfassung kein Rechtsanspruch auf Befreiung vom Unterricht erwächst, wenn er ein religiöses Bedürfnis empfindet. Sie berufen sich hierbei auf

### eine Verfügung des bayerischen Kultusministers,

die dieses hinsichtlich der den Israeliten eingeräumten Befreiungen deutlich ausgesprochen hat. Eine maßgebende Auslegung wäre nur durch obersterliche Entscheidung herbeizuführen, sei es des Staatsgerichtshofes nach Art. 15 oder 19 der Reichsverfassung, sei es des Reichsgerichts als Revisionsinstanz in einem Strafverfahren. 2. Die genannten Länder sind aber bereit, ihre Verwaltungspraxis auf den Wunsch der Reichsregierung so zu gestalten, daß sie dem Bedürfnis nach Religionsübung an solchen Tagen Rechnung trägt. 3. In welchem Ausmaß eine solche Rücksicht zu nehmen ist, ist allerdings in gewissem Umfange in das Ermessen der Landesregierung gestellt.

Einigkeit wurde darüber erzielt, daß die Unterrichtsverordnungen bei ihren Anordnungen, insbesondere auf übernommene Volksschulverordnungen, Gebrauche und Sitten, örtliche Uebungen und dergleichen gebührende Rücksicht nehmen werden. Andererseits bestand Uebereinstimmung darüber, daß den Unterrichtsverordnungen nicht zugemutet werden kann, auf solche Wünsche Rücksicht zu nehmen, die zweifellos erst als Widerspruch gegen die Verfügungen des Staates zu politischen Demonstrationen zu dienen geeignet sind. Das sächsische Unterrichtsministerium hat, wie inzwischen auch durch die Erklärungen des Herrn Unterrichtsministers im sächsischen Landtag bekannt geworden, auf Grund dieser Verhandlungen eine Reuegierung der Schulbefreiung an den staatlich nicht anerkannten Feiertagen eingeleitet. Eine entsprechende Verordnung ist in diesen Tagen erschienen. Braunschweig hat den Herbstfesttag als staatlich anerkannten Feiertag abgelehnt. Der Festtag ist außer in Braunschweig auch in Sachsen, Mecklenburg und in fast ganz Norddeutschland staatlich anerkannter Feiertag. In Braunschweig war er es seit der Reformation bis zum Gesetz vom 4. Januar 1922. Er wird dort noch als kirchlicher Feiertag begangen. Das braunschweigische Staatsministerium hat

es indessen abgelehnt, für den Herbstfesttag Befreiung vom Unterricht zu gewähren. Wegen der künftigen Regelung sind die Verhandlungen in Aussicht auf die Besprechung vom 8. Dezember 1922 nach nicht zum Abschluß gebracht. Der sächsische Erlass vom 24. August vorigen Jahres zur Ausführung des Art. 148 Abs. 2 der Reichsverfassung bestimmte, daß in den Schulen jede Art religiöser Beeinflussung außerhalb des Religionsunterrichts zu unterbleiben hat.

### Andachten und Kirchenlieder sind nur in den Religionsstunden zulässig.

Wegen dieser Verordnung hat sich das Reichsministerium des Innern gleichfalls an das sächsische Kultusministerium gewandt und folgende Auffassung vertreten: Gegen den Inhalt der Verordnung ist von Reichs wegen kein Bedenken zu erheben, unter der allerdings wesentlichen Voraussetzung, daß die Verordnung keine Anwendung findet, wenn alle Kinder einer Klasse oder Schule demselben Bekenntnis angehören und vom Religionsunterricht befreite Kinder nicht vorhanden sind. Die in diesen Tagen erschienenen, bereits erwähnte sächsische Verordnung regelt auch diese Frage neu. Sie kommt der Auffassung der Reichsregierung insofern entgegen, als sie die religiöse Beeinflussung „im Sinne eines Bekenntnisses“, nicht die religiöse Beeinflussung schlechthin außerhalb des Religionsunterrichts verbietet. Nicht weit genug geht der Erlass insofern, als seine Vorschriften nur auf einen Teil der katholischen Bekenntnisschulen und bestimmte Internatsschulen keine Anwendung finden sollen. Nach Auffassung der Reichsregierung darf der Erlass keine Anwendung finden auf alle Schulen, deren Schüler demselben Bekenntnis angehören und in denen vom Religionsunterricht abgesehene Kinder nicht vorhanden sind. Dieses Ziel zu erreichen, wird Aufgabe weiterer Verhandlungen sein müssen.

Ueber die schulpolitischen Verhältnisse in Thüringen sind beim Reichsministerium des Innern seit langem keine Klagen vorgebracht worden. Mit der braunschweigischen Landesregierung wird seit Beginn des Schuljahres über einen Erlass des früheren Kultusministers Grotewohl verhandelt, der — wie in Sachsen — die Befreiung von Gebeten, Andachten, religiösen Schulfeiern usw. aus dem Religionsunterricht auspricht. Ein Teil der Abänderungsvorschläge ist bereits zugestanden worden; im übrigen ist ein Abschluß der Verhandlungen noch nicht erzielt. In der Interpellation hergt wird behauptet, daß

### der konfessionelle Charakter der Volksschulen

ständig mehr verdunkelt wird. Es ist zu berücksichtigen, daß sich die Verabschiedung des Reichsschulgesetzes unerwartet verzögert hat. Ferner haben sich die tatsächlichen konfessionellen Verhältnisse in zahlreichen Volksschulen dadurch geändert, daß zahlreiche Erziehungsberechtigte und Lehrer vom Art. 149 Abs. 2 der Reichsverfassung Gebrauch gemacht haben, ihre Kinder am Religionsunterricht nicht teilnehmen zu lassen, oder den Religionsunterricht nicht zu erteilen. Die natürliche Folge davon ist, daß Artikel 148, wonach beim Unterricht in öffentlichen Schulen auf die Empfindungen Andersdenkender Rücksicht zu nehmen ist, an Bedeutung gewinnt. Nach Art. 138 der Reichsverfassung werden die auf Gesetz, Vertrag oder besonders Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften durch die Landesgesetzgebung abgelehnt. Die Grundzüge hierfür stellt das Reich auf. Bis zum Erlaß dieses Reichsabschlusses blieben nach Art. 178 der Reichsverfassung die bisherigen genannten Staatsleistungen bestehen. Was darunter zu verstehen ist, ist in einzelnen Ländern strittig geworden. Auch die Höhe der Staatsleistungen selbst ist in einzelnen Ländern auf den Geldstand von 1919 abgestellt. Zur Aufrechterhaltung der bisherigen Staatsleistungen, wie sie die Reichsverfassung in den Übergangsvorschriften vorgeschrieben hat, gehört auch eine Erhöhung der Beträge. Ob eine rechtliche Verpflichtung hierzu besteht, läßt sich nicht lediglich danach entscheiden, ob die Leistungen bisher betragsmäßig festgesetzt waren. Es muß vielmehr geprüft werden, ob die Rechtsstellung der Kirche gegenüber dem Staate in der betragsmäßigen Festlegung der Staatsleistungen einen erschöpfenden Ausdruck gefunden hat. Diesen Standpunkt habe ich in einem Rundschreiben vom 28. Dezember 1922 vertreten. Soweit eine Einigung zwischen der Reichsregierung und den Landesregierungen nicht erfolgen sollte, würde die Rechtsfrage zur Entscheidung dem Staatsgerichtshof zu unterbreiten sein. Unabhängig von der Rechtslage möchte ich es für billig erachten, wenn in der Uebergangszeit in gewissem Maße unter Berücksichtigung der Steuerkraft und des eigenen Vermögens der Kirchen die früheren sogenannten freiwilligen Staatsleistungen vorläufig noch weiter gewährt würden. Rückwirkungen für die Ablosungen kann ich daraus nicht befürchten, da für die Ablosung lediglich der Umfang der Verpflichtung im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Reichsverfassung maßgebend ist. Das schwere Problem von Staat und Kirche ist auch in der Verfassung von Weimar nicht reiflos gelöst worden. Das Reichsministerium des Innern wird auch weiterhin nachdrücklich bestritten, in Verhandlungen mit den beteiligten Landesregierungen auf eine richtige Anwendung der Reichsverfassung sowohl ihrem Inhalt, wie auch ihrem Geiste nach zu dringen und, soweit in Rechtsfragen eine übereinstimmende Auffassung sich nicht erzielen lassen sollte, die verbleibenden Streitfragen dem Staatsgerichtshof zu unterbreiten. (Beifall.)

### Abg. Fleischer (sächsischer Kultusminister):

Nach einem Universitätsstudium beruhen die Gehälter der Geistlichen und Kirchenglieder in Sachsen nicht auf staatlichen Rechtsgrundlagen (Sachen rechts und im Zentrum), sondern es handelt sich nur um ein Gewohnheitsrecht. (Große Unruhe rechts und im Zentrum.) Wir müssen darauf achten, daß die Staatsgelder nur nach dem Gesetz etatsmäßig verwendet werden. Wir haben trotzdem der Landeskirche ein Darlehen gegeben. Die sächsische Regierung hat es also an Toleranz nicht fehlen lassen. (Sachen rechts und im Zentrum.) Zu ihrem Vorbehalt auf dem Schulgebiet ist sie vielfach herausgefordert worden durch Akte der Intoleranz von der anderen Seite. So wurde in einem Falle die Aufstellung eines Grabsteines abgelehnt, weil er die Aufschrift hatte: „Freibekannt war sein Lebensweg und ruhig sei sein Todeschlummer.“ (Hört, hört! links.) Der wirklich liberal denkende Teil der sächsischen Bevölkerung steht in dieser Frage hinter der Regierung. Das haben auch die sächsischen Wahlen bewiesen. Das Parlament deutet die sächsische Regierung. Die ganze Agitation bezweckt weniger der Kirche zu nützen als der viel geschmähten sächsischen Regierung zu schaden. Wir haben nicht etwa unsere Auffassung geändert, sondern wollten durch Abänderungen der Verordnungen lediglich entgegenkommen und eine Verständigung herbeiführen. Die Dezentralität ist durch die rechtsstehenden Zeitungen falsch informiert worden, die richtigen Informationen bieten die fernographischen Berichte des sächsischen Landtags. Der Frühjahrs-Buchtag ist

### durch einen Beschluß des sächsischen Parlaments

aufgehoben worden, ist also kein staatlicher Feiertag mehr. Aber die Kirche wollte einen Vorstoß gegen den Staat und forderte die Eltern auf, an diesem Tage ihre Kinder von der Schule fernzubehalten. Dieser Angriff auf die Staatsautorität konnte sich nicht erheben und auch das Parlament nicht gefallen lassen. Deshalb erließen wir unsere Verordnungen. Einen Kulturkampf haben nicht wir herausbekommen, sondern die, die sich über die Regierung beschwerten. Diese Leute behaupten, daß eine republikanische Jugend immer eine gottlose Jugend sein müsse. Es ist ein unerantwortliches Festhalten gegen die Regierung veranlaßt worden, die Kinder wurden zu Schulstreiks und zum Ungehorsam gegen die Lehrer aufgehetzt. Selbst die deutschnationale Partei im sächsischen Landtag hat den Vorwurf fallen gelassen, daß unsere Verordnung verfassungswidrig sei, sie stützt sich nur noch auf die Toleranz,

Auch der bayerische Kultusminister hat in einer Verordnung den Standpunkt vertreten, daß ein Rechtsanspruch auf Befreiung vom Schulunterricht nicht bestehe. Ich befinde mich also in guter Gesellschaft. (Bewegung im Zentrum. — Beifall links.) Vom Reichsgericht ist die sächsische Verordnung als zu Recht bestehend anerkannt worden. Die Volksschulen sind jetzt keine konfessionellen Schulen mehr. (Widerspruch rechts und im Zentrum.) Nach der Reichsverfassung ist die heutige Schule die weltliche Gemeinheitschule. Die Agitation gegen die sächsische Regierung ist nur parteitaktischer Natur. (Wärm und Zwischenrufe rechts und im Zentrum. — Abg. Marx: Ungehört!) Daß die sächsische Regierung sich nicht duckt, sondern den Fehdehandschuh aufnahm, war nicht nur ihr Recht, sondern ihre Pflicht. Sie wird den Grundlag aufrechterhalten: Die Kirche hat in der jetzigen Zeit nichts mehr in der Schule zu suchen. (Großer Sturm und Pfuirufe rechts und im Zentrum, Beifall links.)

Das Haus beschließt einstimmig die Besprechung der Interpellationen.

### Abg. Schedt (Soz.):

Der deutschnationale Redner hat eine unnötige Schärfe in diese Debatte gebracht. Es ist traurig, daß eine einheitliche Auslegung der Reichsverfassung nicht herbeizuführen ist. Die sächsische Verordnung ist lediglich aus schulfischen Gründen erlassen worden, aber die Kirche lehnt sich bemüht dagegen auf. Die Frage der gesetzlichen Feiertage ist nach Auffassung meiner Partei nicht ausschließlich nach Recht und Brauch, sondern auch nach der größtmöglichen Duldbarkeit zu entscheiden. Auch die frühere bayerische Regierung des Freiherrn v. Hertling, der auch der jetzige Ministerpräsident v. Knilling angehörte, hat eine Anzahl kirchlicher Feiertage aufgehoben. Wenn das keine Gotteslästerung gewesen ist, dann kann man diesen Vorwurf auch nicht gegen die moderne Regierung erheben. Hoffentlich wird der Duldbarkeit eine Lösung gelingen. Wie kann der deutschnationale Redner behaupten, daß die sozialistische Kulturpolitik antireligiös sei? Man sollte sich schämen, das tieferreligiöse Gefühl in der Arbeiterschaft zu schänden und zu verletzen. Die religiöse Kraft ist so stark, daß kein Staat an ihren Grundfesten rütteln kann, aber gerade aus religiösem Gefühl verlangt sie die Trennung der Kirche von dem Staate. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Coerling (D. Sp.): Es ist sicherlich ausgesprochene Unbilligkeit der sächsischen Regierung, den Evangelischen gerade den einen Feiertag, den Buchtag, zu nehmen.

Abg. Kuelz (Dem.): Wir treten auch hier für die Verfassung ein, aber nicht für ihren Buchstaben, sondern für ihren kulturpolitischen Geist. Die Intoleranz liegt darin, daß die Schule in Sachsen den Schülern in allen möglichen Fällen freigegeben darf, nur nicht wenn er mit den Eltern in die Kirche gehen will.

Nach Erklärungen von Vertretern der verschiedensten Parteien, die wesentlich Neues nicht mehr ergaben, vertagte sich das Haus auf Freitag. — Schluß gegen 9 Uhr abends.

Die Kommunisten verlangten, auf die nächste Tagesordnung einen Initiativantrag zu legen, der den Kriegsbeschädigten, die 20 Proz. oder weniger Rente beziehen, einen Zuschuß auf ihre Rente verschafft. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt, da der Soziale Ausschuss sich noch nicht schlüssig geworden ist, ob nicht eine Abfindung für diese Renteneinpfänger eintreten soll. Alle übrigen Renteneinpfänger werden auf sozialdemokratisches Verlangen hin von der Reichsregierung Vorschüsse erhalten. Die Kommunisten hatten sich etliche Kriegsbeschädigte auf die Reichstagstribüne kommen lassen, die in Unkenntnis der Sachlage oder aus kommunistischem Agitationsbedürfnis heftige Worte in den Sitzungssaal hinabriefen.

## Deutschlands Entwaffnung durchgeführt.

### Anfragen im Unterhaus.

London, 22. März. (W.B.) Bonar Law teilte im Unterhaus auf eine Anfrage Boddgewood Benns (Arbeiterpartei) mit, daß bisher keinerlei Instruktionen an die britischen Delegierten auf der bevorstehenden Zusammenkunft des Völkerbundes mit Bezug auf die Ruhrfrage gegeben worden seien.

Boddgewood Benn fragte hierauf, ob beabsichtigt sei, von dem freundschaftlichen Recht, das England besitze, Gebrauch zu machen, um die Frage aufzuwerfen. Bonar Law erwiderte, es würde ungewöhnlich sein, dem Hause die Instruktionen mitzuteilen, bevor sie den Delegierten erteilt werden.

Benns teilte in Erwiderung auf eine Anfrage Boddgewood Benns im Unterhaus mit, daß das britische Mitglied der internationalen Militärkontrollkommission der Ansicht sei, daß die vom Friedensvertrag in Aussicht genommene Verminderung im deutschen Heere sowohl bezüglich der Mannschaft als auch des Materials so durchgeführt werden sei, daß sie eine wirksame Entwaffnung bedeute.

### Ferienreise oder Mission?

London, 22. März. (CP.) Der Berliner Korrespondent des „Daily Chronicle“ will aus guter Quelle wissen, daß Lord D'Herby von beauftragt sei, der englischen Regierung die Bedingungen mitzuteilen, unter denen Deutschland bereit sei, mit Frankreich in Unterhandlungen zu treten.

### Wie der „Temp“ Politik treibt.

Paris, 22. März. (W.B.) Die Politik, die der halbamtliche „Temp“ seit einigen Tagen vertritt, wird vom sozialistischen „Populaire“ heute, wie folgt, gekennzeichnet: Es sei heute recht belustigend, aufmerksam die „großen Blätter“ zu lesen, diejenigen, die die Politik machen, diejenigen, die „in die Geheimnisse der Blätter eingeweiht“ seien, diejenigen, die „in allem einer Meinung“ mit der Regierung seien. Deutschland, so könne man lesen, ordne Widerstand an: Das sei ein Akt der Perfidie, um die Welt zu täuschen. Deutschland scheine Anweisungen erteilt zu haben, im Widerstand nachzulassen; das sei eine neue Perfidie, um Frankreich zu täuschen. Deutschland mache keine neuen Vorschläge; das sei ein Beweis seines Mangels an gutem Willen und seiner Entschlossenheit, sich seinen Reparationsverpflichtungen zu entziehen. Deutschland verbreite die Nachricht, daß es neue Vorschläge vorbereite; das sei der entscheidende Beweis dafür, daß es entschlossen sei, die öffentliche Meinung auf Irrwege zu führen. Dasselbe Blatt, derselbe Mann veröffentlichte im Laufe von 48 Stunden die widersprüchlichsten Dinge. Aus der Masse der Leser erhebe sich kein Protest; der Leser schlade alles, er sei mit allem einverstanden. Die Ereignisse folgten sich so schnell, daß der arme Leser auf jedes persönliche und kritische Nachdenken verzichte.

## Die deutsche Dollarleihe in Amerika genehmigt.

New York, 21. März. (W.B.-Funkpruch.) Nach einer Meldung aus Washington wird dort offiziell erklärt, daß das Staatsdepartement, wenn es auch dem beabsichtigten Verkauf von Schatzanweisungen der deutschen Dollarleihe zugestimmt habe, dennoch in keiner Weise für die Sicherheit der Anleihe eine Bürgschaft übernehme. Die Firma Parson, Son u. Co. in New York, die die Zeichnung der Anleihe übernommen hat, hat die Frage des Verkaufs der Zertifikate dem Staatsdepartement unterbreitet, welches erklärte, daß es kein Hindernis gegen deren Verkauf in Amerika sehe.



„Arbeiterfreunde.“

In der Stadtverordnetenversammlung wurde man gestern befehrt, daß es immer noch Leute gibt, denen die Beschaffung von Arbeit keine dringliche Angelegenheit ist.

Zu Beginn der Sitzung lag zunächst der Dringlichkeitsantrag unserer Genossen vor, den Magistrat zu ersuchen, den bei der Straßenbahn beschäftigten Arbeitnehmern den vom Magistrat beschlossenen und allen übrigen städtischen Arbeitnehmern ausbezahlten Lohnvorschuß in derselben Höhe unverzüglich zur Auszahlung zu bringen.

Die Anfrage der Kommunisten, was geschehen werde, um der eintretenden Beschäftigungslosigkeit der in der Blindenanstalt Beschäftigten Blinden entgegenzutreten, beantwortete Stadtrat Weise dahin, daß alles geschehen sei, was im Rahmen des Möglichen liege.

Der ablehnende Bescheid, den der Magistrat auf seine neuerliche Vorstellung wegen

Beseitigung oder Ermäßigung der Kohlensteuer für den Hausbrand

dem Reichsfinanzminister erhalten hat, wurde von Schwend (Kommunist) scharf kritisiert; wenn die Reichsregierung diese Steuer nicht beseitigen wolle, so müsse man die arbeitende Bevölkerung zum Kampf gegen sie aufrufen.

Da Herr Kunze auch die Sozialdemokratische Partei für die Aufrechterhaltung der Kohlensteuer verantwortlich gemacht hatte, führte Genosse Dr. Pöhlmann ihm zu Gemüte, daß es sehr zweierlei sei, ob man sich gegen eine einzuführende Steuer zur Wehr setze oder eine bestehende Steuer wieder beseitige.

Nach dem Vorschlagsvortrag wird eine neue, vom 1. April 1923 in Geltung tretende Ordnung für die Erhebung einmaliger Hausanschlußgebühren und laufender Entwässerungsgebühren beschlossen und der Einheitsfuß auf 190 M. pro Kubikmeter bei einem Kohlenpreis von 230 000 M. für eine Tonne festgelegt.

Für die Beschaffung von 230 Müllkästen für Neubausstellen sollen 15 Millionen, für 14 Müllabfuhrautomobile für Wilmersdorf 100 Millionen bewilligt werden.

beanstanden, daß die Versammlung in dieser Weise durch den Magistrat übergegangen sei; der Magistrat wolle Preissteigerungen vermeiden. Das wird von der Linken anerkannt. Die nachträgliche Bewilligung erfolgte mit großer Mehrheit. Mit 92 gegen 87 Stimmen beschloß man auf Antrag der Wirtschaftspartei die Einsetzung eines Ausschusses, der überlegen soll, wie in Zukunft die Wiederholung solcher „Unzuträglichkeiten“ vermieden werden kann.

Von Heilmann u. Gen. (Soz.) ist der Dringlichkeitsantrag vorgelegt: Den Magistrat zu ersuchen, sofort Mittel bereitzustellen für die Weiterführung der Arbeiten zur Herstellung der Verbindung der

Nord-Südbahn zwischen Kaiser-Friedrich-Platz und Hermannstraße.

um auf diese Weise die große Arbeitslosigkeit, die zurzeit in Berlin herrscht, etwas zu beheben.

Ein Dringlichkeitsantrag der Kommunisten verlangt aus dem gleichen Grunde sofortige Ausführung von Reparaturarbeiten an öffentlichen Gebäuden uvm.

Beiden Anträgen wird auf der Rechten widersprochen! Ihre Beratung muß verschoben werden.

Das Ortsgesetz zum Schutz der Stadt Berlin gegen Verunstaltung und der Antrag der Deutschnationalen betr. die Besetzung hervorragender Blöcke mit Verkaufsständen und betr. Nachprüfung des gesamten Kellermessens in seinem heutigen Umfang, hatten einen Ausschuß beschäftigt. Dieser hat das Ortsgesetz mit geringen Änderungen zur Annahme empfohlen und den Antrag damit für erledigt erklärt.

Hierauf kehrte die Versammlung zu dem kommunistischen Antrag wegen Errichtung einer Zentralstelle für

Beschaffung und Verteilung von Lehr- und Lernmitteln

zurück, dessen Erledigung am 20. März nicht zu Ende geführt werden konnte.

Herr Richard Kunze empfahl ein Verbot der Papierausfuhr und eine Besserung der Dividenden, um das Papier und damit Hefte und Schulbücher zu verbilligen. Natürlich ging es auch hier ohne etwas Judenhebe nicht ab; bekam es Herr Kunze doch fertig, zu behaupten, daß von den Schülern der Berliner höheren Lehranstalten 75 Proz. der „jüdischen Rasse“ angehören!

Der Antrag der Kommunisten, die Errichtung einer Zentralstelle für Beschaffung und Verteilung von Lehr- und Lernmitteln zu beginnen, fiel mit 96 gegen 85 Stimmen; der Ausschußantrag c) „erneut und sofort Mittel zur Verfügung zu stellen, um Lehr- und Lernmittel schleunigst zur Abgabe an bedürftige Schulkinder zu beschaffen“ fand Annahme.

Nach längerer Debatte nahm die Versammlung einen Antrag Heilmann-Begl an, die Medizinalpraktikanten in ihren Bezügen den Krankenpflegerinnen im ersten Jahre gleichzustellen.

Mit der Einrichtung von Konrektorstellen an Volksschulen mit sechs und mehr aussteigenden Klassen, sowie mit der Eingruppierung der Studiendirektoren, Oberstudienräte, Studienräte, Lehrer und Lehrerinnen an den höheren Lehranstalten im Sinne des Ministerialerlasses vom 28. August 1922 erklärte sich die Versammlung einverstanden und bewilligte die erforderlichen Mittel. Ein Antrag der Sozialdemokraten, die Oberstudienräte zu streichen, wurde mit 80 gegen 79 Stimmen abgelehnt.

Zur Vorlage wegen Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter ab 16. Januar 1923 und wegen Regelung der Bezüge der nichtständigen Angestellten ab 1. Februar 1923 gab auf Anfrage von Koch (Dnat. Vp.) der Kammerer die Erklärung ab,

daß es der Stadt auch jetzt noch nicht möglich sei, Deckungsvorschläge zu machen, da das Lastenausgleichsgesetz immer noch auf sich warten lasse. — Für die Zahlung des Lohnvorschlusses, auch an die Straßenbahner, habe sich der Magistrat um einen Vorschuß an die Aufsichtsbehörde gemeldet.

Die Ausschußberatung wurde abgelehnt und die Vorlage unverändert angenommen.

Nach Erledigung einer Reihe weiterer Vorlagen, darunter der Vorlage wegen vorläufiger Regelung der Haushaltswirtschaft für 1923, ohne Aussprache, schloß die öffentliche Sitzung nach 10 Uhr.

Abschied von der Normaluhr.

Berlin scheint seit einiger Zeit in den Zustand einer glücklichen Stadt gekommen zu sein. Nach dem Sprichwort schlägt bekanntlich dem Glücklichen keine Stunde und er bedarf keiner Uhr, um zu wissen, wieviel es „geschlagen“ hat. Und weil in Berlin nun alle Menschen restlos glücklich sind, hat man wohl auch die sogenannten Normaluhren, die an den verschiedensten Straßenecken standen, entfernt. Allerdings mit der Normalzeit, die angeblich von diesen Uhren angegeben wurde, hatte es so seine eigene Bewandnis.

Die Berliner Verkehrstarife.

Neue Jahresspreiserhöhungen in Sicht?

Die Preise beginnen von neuen Erhöhungen der Tarife der Stadt-, Hoch- und Untergrund- und Straßenbahn zu murren. Diesen Gerüchten, nach denen am 1. April eine neue, wenn auch prozentual nicht mehr so bedeutende Tarifierhöhung wie bisher bei den Berliner Verkehrsunternehmungen eintreten soll, liegt, soweit wir haben feststellen können, die Tatsache zugrunde, daß die Untergrundbahn, die Nord-Südbahn und auch die Straßenbahn, deren Tarife aufs allerknappste kalkuliert sind, infolge der seit dem 1. März nach eingetretenen Steigerung der Stromkosten, zum Teil auch der Löhne und Gehälter eine Erhöhung ihrer Einnahmen benötigen.

Der Streit geht nur noch darum, wer nach dem Grundlag: „Hannemann, geh du voran“ als erster seine Tarife erhöhen soll. Besonders die Untergrundbahn hat es bisher am längsten verstanden, in der Öffentlichkeit die Verantwortung für Tarifierhöhungen immer auf die Straßenbahn abzuwälzen. Bei der bekannten Einstellung der Berliner Boulevard-Presse gegen alles, was städtisch ist, ist das ja auch nicht so schwer. Ende Februar zum Beispiel beschloß die Hoch- und Untergrundbahn vier Tage vor der Straßenbahn eine 50prozentige Erhöhung ihrer Tarife, während die Straßenbahn sich mit 20 Proz. begnügte und die Berliner Straßenbahn zurzeit tatsächlich erfreulicherweise einen der billigsten Tarife der deutschen Straßenbahnen hat. Do aber der Beschluß der Verkehrsdeputation, dieser 50prozentigen Erhöhung zuzustimmen, natürlich sofort

(Nachdruck verboten. Der Müll-Verein, Berlin.)

Drei Soldaten.

68] Von John dos Passos.

Aus dem amerikanischen Romanroman Übersetzt von Julian Campers.

Nach dem Dienst klopfte Andrews an Sheffields Tür an. „Was ist los, Junge? Sie sehen ja aus, als ob es mit Ihnen zu Ende ginge.“ sagte Sheffield und bat Andrews, einzutreten. Andrews hatte sich in einen Stuhl fallen lassen und sah, mit seinem Gesicht in den Händen vergraben, schaute durch die Finger auf das Feuer, plötzlich stand er auf und schrie schrill: „Ich kann dieses Leben nicht mehr ertragen! Hören Sie! Keine überhaupt ausdenkbare Zukunft ist dies wert! Wenn ich jetzt nach Paris kann — gut. Wenn nicht, desertiere ich, und alles ist mir ganz gleich.“

„Aber ich habe Ihnen doch schon versprochen, alles zu tun, was ich kann.“

„Gut. Dann tun Sie es jetzt.“ unterbrach ihn Andrews brutal.

„Wenn Sie wollen — ich werde zum Oberst gehen und ihm erzählen, was für ein großer Musiker Sie sind.“

„Gehen wir jetzt zusammen!“

„Es wird aber sehr komisch aussehen, mein Lieber.“

„Ist mir ganz gleichgültig. Sie können mit ihm sprechen. Sie scheinen ja mit allen Offizieren gut Freund zu sein.“

„Sie müssen warten, bis ich mich fertiggemacht habe.“ sagte Sheffield.

„Gut, ich warte.“ Andrews ging auf und ab im Schlamm vor dem Hause, knallte mit den Fingern vor Ungeduld, bis Sheffield herauskam. Dann gingen sie schweigend ab.

„Warten Sie jetzt eine Minute.“ flüsterte Sheffield, als sie an ein weißes Haus kamen, wo der Oberst wohnte.

Nach einigem Warten fand sich Andrews an der Tür eines hell erleuchteten Schreibzimmers. Ein starker Zigarrenrauch quoll heraus. Der Oberst, ein älterer Mann mit guttem Bart, stand vor ihm mit einer Kaffeetasse in der Hand. Andrews salutierte nach Vorwärts.

„Man erzählt mir, Sie seien ein guter Pianist. Schade, daß ich es nicht eher wußte.“ sagte der Oberst in freundlichem Ton. „Sie wollen nach Paris gehen, um dort zu studieren?“

„Zu Befehl.“

„Wie schade, daß ich es nicht vorher wußte. Die Liste ist vollkommen fertig. Aber vielleicht — im letzten Augenblick — wenn niemand sonst geht will. — Ich kann mir immerhin

Ihren Namen notieren.“ Der Oberst lächelte gütig und ging ins Zimmer zurück.

„Danke verbindlichst, Herr Oberst.“ sagte Andrews und salutierte.

Ohne ein Wort zu Sheffield zu sagen, lief er fort, die dunkle Dorfstraße hinunter, in sein Quartier.

Nachdem Andrews eine Weile durch das Fenster in das Café „Braves Allées“ hineingeschaut hatte, ging er ein wenig die Straße hinunter und starrte dann in derselben Stellung in das „Repos des Poilus“ hinein, wo ein großes Schild „American Spoken“ das ganze Fenster einnahm. Zwei Offiziere gingen vorbei. Seine Hand ging automatisch zum Gruß wie ein Signal. Es war schon dunkel. Nach einer Weile sinnlosen Herumstehens empfand er die Kälte des Windes, der durch die Straßen strich, zitterte und begann ziellos durch die Straßen zu wandern. Er bemerkte Walters, der auf ihn zukam und wollte ohne ein Wort vorbeigehen, als Walters ihn ansprach, ihm ins Ohr murmelte: „Komm zu Baboon.“ und mit seinen großen, schnellen, geschäftsmäßigen Schritten weiterging.

Andrews stand eine Weile unentschlossen, mit gebeugtem Kopfe da, dann ging er die Allee hinauf und in Babettes Küche. Das Feuer brannte nicht. Er starrte wie krank auf die graue Asche, bis er endlich Walters Stimme neben sich hörte: „Ich habe alles für Sie in Ordnung gebracht.“

„Was meinen Sie?“

„Was ich meine? Schlafen Sie, Andrews? Man hat einen Namen von der Schulkiste gestrichen. Das ist alles. Wenn Sie sich beeilen und keiner Ihnen zuvorkommt, werden Sie in Paris sein, ehe Sie es wissen.“

„Das ist anständig von Ihnen, zu mir zu kommen und mir das zu sagen.“

„Hier ist Ihr Besuch.“ sagte Walters und zog ein Papier aus seiner Tasche. „Gehen Sie damit zum Oberst, lassen Sie es ihn unterzeichnen, und dann springen Sie hinüber zum Bureau des Sergeanten. . . Die Reisepapiere werden jetzt gerade ausgestellt. Auf Wiedersehen!“

Walters war verschwunden. Andrews war wieder allein und starrte auf die graue Asche.

Blitzlich sprang er auf und eilte zu den Stabsquartieren. Im Vorraum vom Bureau des Obersten wartete er eine lange Zeit, sah auf seine Stiefel, die dick vom Schlamm beschmiert waren. „Diese Stiefel werden einen schlechten Eindruck machen.“ sagte eine Stimme in ihm immer und immer wieder. Ein Leutnant wartete auch auf den Obersten, ein junger Mann mit rosigen Wangen und einer milchweißen Stirn, der

seinen Hut in der einen Hand hielt, mit ein paar kahlfarbenen Handschuhen, und der sich immer mit der anderen Hand über sein helles, gutgebürstetes Haar strich. Andrews fühlte sich schmutzig und überfiehend in seiner schlechtführenden Uniform. Der Anblick dieses tadellos gekleideten jungen Mannes in gut sitzenden Breeches, mit seinen markierten Nägeln und sauber polierten Gemäschchen machte ihn wild. Er hätte mit ihm kämpfen mögen, beweisen, daß er der Bessere sei, ihn niederdebattieren, ihn seinen Rang und sein wichtigwertiges Aussehen vergessen machen. Der Leutnant war hinein gegangen, um mit dem Obersten zu sprechen. Andrews bemerkte, daß er irgendeine Karte, die an der Wand aufgehängt war, zu studieren begonnen hatte.

„Machen Sie, daß Sie reinkommen.“ flüsterte ihm jemand zu, und er stand mit seiner Mühe in der Hand vor dem Oberst, der ihn streng ansah und die Papiere, die er auf dem Tisch liegen hatte, mit wichtigen Seiten befeingerte. Andrews salutierte. Der Oberst machte eine ungeduldige Bewegung.

„Kann ich mit Ihnen sprechen, Oberst, über mein Universitätsstudium?“

„Ich nehme an, Sie haben Erlaubnis, zu mir zu kommen?“

„Zu Befehl, nein.“

Andrews kämpfte verzweifelt um irgendein Wort, das er sagen konnte.

„Nun, dann werden Sie besser gehen und sich die Erlaubnis holen.“

„Aber Herr Oberst, es ist keine Zeit mehr. Die Reisepapiere werden gerade jetzt ausgestellt. Man sagte mir, ein Name sei auf der Liste gestrichen worden.“

„Zu spät.“

„Aber Herr Oberst, Sie wissen ja gar nicht, wie wichtig das ist. Ich bin Musiker von Beruf, und wenn ich nicht wieder üben kann, ehe ich entlassen werde, wird es unmöglich sein, eine Beschäftigung zu finden. . . Ich habe eine Mutter und eine alte Tante, die von mir abhängen; meine Familie hat schon bessere Tage gesehen. . . Nur wenn ich in meinem Beruf ein wirklich hervorragendes Niveau erreiche, kann ich so viel verdienen, um Sie erhalten zu können, und ein Mann in Ihrer Stellung, Herr Oberst, müßte wissen, was auch nur einige wenige Monate Studien in Paris für einen Pianisten bedeuten können.“

Der Oberst lächelte.

„Lassen Sie mich Ihr Besuch sehen.“ sagte er.

(Fortsetzung folgt.)

Auf der Generalversammlung der Siemens- und Schuckert A.G. hielt der Vorsitzende des jetzt zum Rhein-Elbe-Trust gehörigen Siemenskonzerns, Herr Karl Friedrich v. Siemens, eine in verschiedenen Punkten interessante Rede...

Wir haben in unserem Bericht darauf hingewiesen, daß der Bestimmungsgang sich merklich vermindert hat. Diese Bewegung geht weiter. Die Flucht aus der Mark in die Ware hat längst aufgehört...

Wenn es uns nicht gelingt, diese Unkosten auf das frühere Maß zu verringern und die Leistung zu erhöhen und dadurch bei ausreichender Kapitalverzinsung die Herstellungspreise auf eine Stufe mit den Weltmarktpreisen zu bringen...

Eins möchte ich besonders betonen, der Rückgang der Wirtschaft, der sich überall zeigt, ist nicht etwa eine Folge des Einfalles unserer Feinde ins Ruhrgebiet. Er mußte spätestens auftreten in dem Augenblick, in dem die Mark aufhörte, an Kaufkraft zu verlieren...

Die Meinung über die Gründe der Absatzkrise, wie sie Herr v. Siemens darlegte, teilen wir durchaus. Was aber an dem Bericht und an der ganzen Einstellung dieses Industrieführers zu bemängeln ist, das ist die Tatsache, daß er ebenso wie viele andere Unternehmer die Verteuerung der Produktion immer wieder nur auf die Eingriffe des Staates zurückführt...

Die Tätigkeit der Notenpresse dauert unermindert an. In der zweiten Woche des März hat die Reichsbank nach dem jetzt vorliegenden Ausweis 401,3 Milliarden Mark an Banknoten neu in den Verkehr gegeben...

Das Goldkollaudge beträgt vom 28. März bis einschließlich 3. April 509 400 v. S.

Zum Abschluß im Metallhandel. Der Zusammenbruch der Metallfirma H. Zinck u. Co., Berlin, der die Börsen in Berlin und Hamburg in lebhafteste Beunruhigung versetzt hat, scheint doch nicht so große Verluste gebracht zu haben...

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtliche Notierungen nachzutragen: 1 finnische Mark 564,58 Geld, 567,42 Brief; 100 österr. Kronen abgefl. 28,93 Geld, 29,09 Brief; 1 tschechische Krone 617,95 Geld, 621,05 Brief; 1 ungarische Krone 454 Geld, 458 Brief; 1 bulgarische Bewa 139,15 Geld, 139,85 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 214,21 Geld, 215,29 Brief; 1 Polenmark im freien Verkehr jirta 51 Pf.

jagen Markt—Alexanderplatz mit der Linie 67 eingeführt, unter der neuen Bezeichnung „78“. Ebenso wird an diesem Tage die Linie G unter Führung über den Kurfürstendamm—Hilandsstraße von der Invalidenstraße nach Pantow—Kirche verlängert...

Das Selbstbestimmungsrecht der Bezirke.

Oberbürgermeister Böß in der Bezirksversammlung Charlottenburg.

Die Bezirksversammlung Charlottenburg beschäftigte sich gestern in einer umfangreichen Debatte mit dem Ausbau des Selbstbestimmungsrechts der Bezirksversammlung. An dieser Veranlassung nahmen als Gäste Oberbürgermeister Böß und der Stadtsyndikus Dr. Lange teil.

Die Versammlung stimmte schließlich einem Antrage zu, die Entschließung nunmehr direkt an den Landtagsauschuß weiterzugeben.

Das Urteil im Giftmischereianne-Prozess rechtskräftig. In dem Prozeß gegen die Frauen Klein, Rebbe und deren Mutter wegen Vergiftung ist das Urteil nunmehr rechtskräftig geworden, da der Staatsanwalt auf die Einlegung der Revision beim Reichsgericht verzichtet hat...

Keine Konfessionierung von Ulfrieden mehr. In Anbetracht der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage hat der Polizeipräsident angeordnet, daß im Einklang mit der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes bei Umwandlung von Gastwirtschaften in Likörstuben, Bars, Diskos oder sonstige Vergnügungsorte stets eine neue Konzeßion eingeholt ist.

Jugendweibe Neulöän Sonntag, den 28. März, vorm. 10 Uhr, in der „Neuen Welt“, Hasenstraße. Mitwirkende: Ummi Hedmann-Weitenberg (Staatsober), Dopy-Tris, Arbeiterführerchor Neulöän. Beisitzer: Gen. Stadtrat Schneider. Karten sind vergiffen.

Im Interesse der Ferienfahrten von Arbeiterklüßern veranstaltet die Abteilung Norden B.V. „Die Naturrunde“ am kommenden Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, in der Schulstraße, Weismarkt, 49, einen Ausflugsabend.

Der Tod hat im 2. Kreis (Kriegerviertel) wieder einen alten unverwundlichen Kämpfer, den Genossen Ernst Frisze, dahingerafft. Mit Gemeinlichkeit und Parteilichkeit, als Stadt- und Bezirksverordneter hat er 20 Jahre lang unter ständiger persönlicher Aufopferung im Dienste des Sozialismus gewirkt.

Jugunsfall im besetzten Gebiet. Bei der Einfahrt des Pariser Zuges in Wiesbaden ereignete sich plötzlich infolge Juriststellung der Weiche eine der beiden Lokomotiven und kippte um. Der Unfall wird auf die unzureichende Bedienung der Weichenanlagen durch die Franzosen zurückgeführt.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Freitag, den 23. März, abends 7 1/2 Uhr:

- Montenbach: Jugendheim Gemeindehalle Trillstraße. Nichtüberwiegend. — Weiz: Jugendheim Schulstr. 18. Vortrag: „Anleitung der Gewerkschaften“. — Charlottenburg: Jugendheim Weisstr. 4. Diskussionsabend: Jugend und Gewerkschaften. — Gesundbrunnen: Jugendheim Gemeindehalle Godesburger Straße 2. Vespere. — Köpenick: Jugendheim Glienicker Str. 3. Diskussionsabend: „Zehnjähriges der Weibung“. — Lichtenberg: Viertel: Jugendheim Gemeindehalle Döberitz Str. 19. Diskussionsabend. — Schöneberg: Viertel: Jugendheim Döberitz Str. 22. Vespere. — Köpenick: Viertel: Jugendheim Gemeindehalle Döberitz Str. 11. Vortrag: „Sozialer Weltanschauung“. — Neulöän II: Jugendheim Gemeindehalle Weisstr. 4. Vortrag: „Sozialer Weltanschauung“. — Köpenick I: Jugendheim Gemeindehalle Döberitz Str. 11. Vortrag: „Sozialer Weltanschauung“. — Köpenick II: Jugendheim Gemeindehalle Döberitz Str. 11. Vortrag: „Sozialer Weltanschauung“. — Köpenick III: Jugendheim Gemeindehalle Döberitz Str. 11. Vortrag: „Sozialer Weltanschauung“.

Weiter bis Sonntag mittags. Warm, viel nach kälter, aber veränderlich. Schwache vorherrschend südliche Winde, keine erheblichen Niederschläge.

in die Presse kam, erklärte die Verwaltung der Hoch- und Untergrundbahn einen Tag darauf stolz wie ein Spanier: „Dem Beispiel der Straßenbahn folgend, sehen auch wir uns genötigt, unsere Tarife zu erhöhen.“

Vom Kohlenwucher.

Der verstaubte Kohlenkeller. — Markenfreie Briefkiste.

Dem Kohlenwucher gehen jetzt die Gerichte schärfer zu Leibe. So hatte sich vor dem Wuchergericht beim Landgericht III der Kohlenhändler Seidler aus der Ruppiner Straße in Charlottenburg wegen Zurückhaltung von Kohlen zum Zwecke der Preissteigerung zu verantworten.

Beim Kohlenamt waren fortgesetzt Beschwerden von Kunden eingelaufen, daß Seidler keine Kohlen verkaufe. Die daraufhin vom Kohlenamt entsandten Revisionsbeamten erhielten die Versicherung, daß keine Kohlenvorräte vorhanden seien; da die Beschwerden aber immer dringender wurden und immer wieder die Behauptung auftrat, daß bestimmt Kohlenvorräte vorhanden seien, wurde nochmals eine Revision vorgenommen.

Der Polizeigast es gelungen, einen Kohlenhändler in der Person des Währigen Otto Eichstädt aus der Ruppiner Straße festzunehmen. Er bezog von Kohlenhändlern, aus der Kostantienallee sowie von Ausfußern, die von den Bahnhöfen Kohlen zu den großen und kleinen Firmen fahren, seine Ware. Er kaufte nur ganze Wagenladungen, die er dann klopelte.

Es ist sicher anzuerkennen, daß die Behörde gegen diese Zeitgenossen energisch vorgeht. Leider aber haben die Kohlenpreise eine Höhe erreicht, die von vielen Familien, die die ihnen zuteil werdenden Mengen aus Mangel an dem nötigen „Kleingeld“ schon längst nicht mehr bezahlen können, ebenfalls als Wucher empfunden wird.

Die Tote vom Teufelssee.

Der seltene Fall einer Anklage wegen Tötung auf ausdrückliches Verlangen wird am 28. d. M. die Strafkammer des Landgerichts II beschließen. Wegen dieses Vergehens ist der Monsieur Springer angeklagt. Am 12. April v. J. wurde am Teufelssee im Brunwald die Leiche der Hausangestellten Friede Stahne mit durchlöcherter Schläfe aufgefunden.

Schulkinohebe.

Welche republikanische Behörde entscheidet eigentlich über die Bilder, die den Grundschulkindern in den Schulkinos vorgeführt werden? Und wer kontrolliert, was wirklich gezeigt wird? Diese Fragen muß man stellen, wenn man erfährt, daß jetzt in den Schulkinos ein Film „Die Franzosen im Ruhrgebiet“ gezeigt wird und daß dazu noch jenes wichtig sein fallende Bild des Berliner „Journal“ gezeigt wird, auf dem die französische Republik dem Stinnes die Kehle zuschnürt — ein Bild, das ja auch auf jeder Untergrundbahnstation und vor weis wo noch überall angehängt ist.

Linienänderungen bei der Straßenbahn.

Bei der Straßenbahn haben sich infolge der Eröffnung der nördlichen Nord-Süd-Bahnstrecke ebenso wie bei der Omnibusgesellschaft einige Verkehrsveränderungen notwendig gemacht.

Die Linie 168 wird statt über die Chausseestraße nach der Seestraße am Rosenhölzer Platz aus im Zuge der Brunnenstraße nach dem Gesundbrunnen—Egerländerstraße geführt und hierdurch gleichzeitig die seit langem gewünschte Verbindung zwischen dieser Stadtgegend und der Frankfurter Allee hergestellt. Die Linie 43 wird eingezogen, nur im südlichen Teil wird wie bisher die Einfamilienlinie 43e nach Bedarf verkehren.



